

Regionalwissenschaft Lateinamerika

herausgegeben vom
Lateinamerika – Zentrum
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Band 7

LIT

Fe

Jorge Enrique Jiménez Carvajal,
Wilfried Lanfermann, Michael Schlagheck,
Dieter Spelthahn, Josef Thesing (Hrsg.)

unter Mitarbeit von
Christoph Lienkamp, Andreas Lienkamp
und Annette Lorke

Marktwirtschaft und Soziale Gerechtigkeit für Lateinamerika

IST
ISS



Gm

LIT

+
11.62

12013141

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Marktwirtschaft und Soziale Gerechtigkeit für Lateinamerika /
Jorge Enrique Jiménez Carvajal, Wilfried Lanfermann, Michael Schlagheck,
Dieter Spelthahn, Josef Thesing (Hrsg.) unter Mitarbeit von Christoph Lienkamp,
Andreas Lienkamp und Annette Lorke. – Münster : LIT, 2000
(Regionalwissenschaft Lateinamerika ; 7.)
ISBN 3-8258-4788-8

NE: GT

© LIT VERLAG Münster – Hamburg – London
Grevener Str. 179 48159 Münster Tel. 0251–23 50 91 Fax 0251–23 19 72

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Grußworte und Einführungen in das Symposium	5
Die „Wende zur Marktwirtschaft“ in Lateinamerika:	
Ökonomische und soziale Konsequenzen	18
Armut, Unwissenheit und Korruption. Lösungsansätze	
<i>Julio Faesler Carlisle</i>	18
Der Übergang zur Marktwirtschaft in Lateinamerika.	
Wirtschaftliche und soziale Folgen	
<i>Wolf Grabendorff</i>	26
Die „Wende zur Marktwirtschaft“.	
Statement aus der Sicht eines Kirchenvertreters	
<i>Oscar A. Rodríguez Maradiaga</i>	31
Die „Wende zur Marktwirtschaft“ in Lateinamerika. Drei Thesen	
<i>Hermann Sautter</i>	35
Die Zukunft Lateinamerikas in der Weltwirtschaft:	
Direktinvestitionen, Transnationale Unternehmen,	
Wechselkurse, Schuldenkrise, regionale Integration	39
Auf dem Weg zu einer besseren Gestaltung der	
Märkte in Lateinamerika	
<i>Luis Ignacio Jácome Hidalgo</i>	39
Reform der Reformen: Herausforderung für Lateinamerika	
<i>Ricardo Ffrench-Davis Muñoz</i>	70
Die Zukunft Lateinamerikas in der Weltwirtschaft:	
Analyse und Perspektiven	
<i>Carlos L. Custer</i>	86
Integration in die Weltwirtschaft - die wirtschaftliche	
Zukunft Lateinamerikas	
<i>Klaus Friedrich</i>	101
Die wirtschaftliche Zukunft Lateinamerikas.	
Ein Problem der Gesellschaftsform	
<i>François Houtart</i>	105

Alternativen zum Neoliberalismus. Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit für Lateinamerika¹

Andreas Lienkamp
(Katholische Akademie „Die Wolfsburg“, Mülheim/Ruhr)

Zuvor

„Wir gehen die Verpflichtung ein, immer deutlicher dem neoliberalen System eine klare Absage zu erteilen, das keine Vielfalt zulässt und die Armen ausgrenzt; struktureller Feind der indigenen Völker, weil sie sich in ihren auf Gegenseitigkeit basierenden Kulturen weigern, sich den Regeln des Marktes und dem Klassensystem zu unterwerfen.“ Diese radikale Distanzierung gegenüber dem Neoliberalismus formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 13. Generalversammlung des Brasilianischen Indianermissionsrates (CIMI) in ihrer Schlussbotschaft vom 13. August 1999.² Sie stellten sich damit in die Tradition der Bischofsversammlung von Santo Domingo, die schon 1992 das „neoliberale Wirtschaftsmodell“ angeprangert hatte, „das hauptsächlich die Ärmsten trifft“.³

Hintergrund dieser scharfen kirchlichen Kritik ist die Tatsache, dass es der Politik und Ökonomie in den meisten Ländern des lateinamerikanischen Kontinents bislang nicht gelungen ist, die wachsende Zahl der Armen in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge zu integrieren. Diese Beobachtung nahmen die Bischöfliche Aktion ADVENIAT und die Katholische Akademie des Bistums Essen, „Die Wolfsburg“, zum Anlass, um zusammen

- 1 Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um die leicht überarbeitete Fassung meines Artikels „Alternativen zum Neoliberalismus? Ein Symposium zu Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit in Lateinamerika“ (erschieden in: Herder Korrespondenz 53 (1999), 639-645).
- 2 Mit den indigenen Völkern »andere 500 Jahre« gestalten. Schlussbotschaft der 13. Generalversammlung des Indianermissionsrats-CIMI, in: Weltkirche 6 (1999), 189-190, hier 189. Der CIMI ist der brasilianischen Bischofskonferenz angeschlossen.
- 3 Santo Domingo Schlußdokument, 4. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe, 12.-28. Oktober 1992 in Santo Domingo, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Stimmen der Weltkirche 34), Bonn 1993, Nr. 181. Vgl. auch ebd., Nr. 199.

mit der Konrad Adenauer Stiftung, der Bank im Bistum Essen und dem Lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) zu einem amerikanisch-europäischen Symposium nach Mülheim an der Ruhr einzuladen, wo sich 165 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 22 Nationen mit der Frage auseinandersetzten, wie wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika im Kontext der Globalisierung strukturell so miteinander verknüpft werden können, dass der weiteren Verarmung und Marginalisierung großer Bevölkerungsteile entgegengewirkt wird.

Mit dieser Fragestellung knüpften die Veranstalter bewusst an die Bischofsversammlungen von Medellín (1968), Puebla (1979) und Santo Domingo (1992) sowie an Veröffentlichungen zahlreicher lateinamerikanischer Ortskirchen und Ordensgemeinschaften an⁴, die sich immer wieder - wie jüngst auch die Amerikasynode⁵ - zur Anklägerin ungerechter wirtschaftlicher Strukturen und zur Verteidigerin vor allem der Armen und Ausgeschlossenen gemacht haben. Das Motiv ist bekannt: Es ist der Glaube an den erlösenden und befreienden Gott und die an ihm sich orientierende Option für die Armen, aus der heraus sich die Kirche des Kontinents für eine sozial gerechte Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt.⁶ Doch jenseits eines breiten Konsenses über diese theologisch-ethischen Grundlagen gehen die Meinungen darüber auseinander, welche Strukturen, Organisationen und

4 Vgl. etwa: Armut und Neoliberalismus in Lateinamerika. Brief der Provinzoberen der Gesellschaft Jesu in Lateinamerika und der Karibik, in: Weltkirche 16 (1996) Nr. 10, 304-308, sowie dazu Nikolaus Klein: „Wir können nicht hinnehmen ...“, in: Orientierung 61 (1997) 97-99.

5 Vgl. Johannes Paul II.: Ecclesia in America, Nachsynodales Apostolisches Schreiben, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 141), Bonn 1999, Nr. 56: „In vielen amerikanischen Ländern herrscht immer mehr ein als 'Neoliberalismus' bekanntes System, das den Menschen lediglich unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet und Gewinn und Marktgesetze als absolute Maßstäbe setzt, was zu Lasten der Menschenwürde und der Achtung der Person und der Völker geht. Dieses besagte System verwandelt sich mitunter in eine ideologische Rechtfertigung von Einstellungen und Handlungsweisen im sozialen und politischen Bereich, welche die Schwächsten an den Rand drängen. In der Tat nimmt die Armut immer mehr zu. Die Armen sind die Opfer bestimmter politischer Richtungen und oftmals ungerechter Strukturen.“

6 Die katholische Kirche selbst war nur selten Gegenstand von Diskussionsbeiträgen. So forderte ein argentinischer Redner eine Art Finanzausgleich zwischen reichen und armen lateinamerikanischen Diözesen sowie innerhalb der Bistümer zwischen finanziell besser und schlechter gestellten Gemeinden. Die lateinamerikanische Kirche müsse endlich die immer noch vorhandenen feudalistischen und neoliberalen Züge ablegen und auch im Innern Strukturen der Solidarität installieren.

Institutionen, welche Instrumente und Prozesse am ehesten geeignet sind, die gesteckten Ziele zu erreichen.

So hatten sich die Veranstalter des Symposiums vorgenommen, die mit dem chilenischen Experiment Anfang der achtziger Jahre eingeläutete „Wende zur Marktwirtschaft“ zu rekonstruieren, ihre ökonomischen und sozialen Konsequenzen zu analysieren und Perspektiven zur Zukunft des Kontinents in der Weltwirtschaft zu erarbeiten. Dabei sollten gemäß dem Leitbild des „Erdgipfels“ von Rio de Janeiro und der Agenda 21 (1992) Bedingungen einer gleichermaßen ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten und ökonomisch effizienten Gestalt von Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert werden.⁷ Im Anschluss an die lateinamerikanische Kirche haben auch die christlichen Kirchen in Deutschland in ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) die Option für die Armen als ein zentrales Prüfkriterium formuliert, das die Veranstalter dem Kongress mit auf den Weg gaben: „Alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft (muss) an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.“⁸ Auf genau diesen Aspekt konzentrieren sich deshalb auch die folgenden Zeilen bei ihrem Versuch einer Relecture der Referate und Diskussionen des Symposiums.

Begriffliche Vielfalt

Zunächst einmal gilt es jedoch, wie der Gießener Entwicklungsökonom Hans-Rimbert Hemmer zu Recht betonte, sich der unterschiedlichen Verwendungszusammenhänge und Interpretationen der Begriffe „Markt“ bzw. „Marktwirtschaft“ bewusst zu werden, die die Kommunikation zwischen Gegnern und Befürwortern, Skeptikern und Neutralen nicht selten erschweren. Verstehen die einen darunter primär die Wirkungsweise des **Marktmechanismus**, also ein dezentrales Koordinierungsinstrument, bei dem letztlich das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage über Preise, Produk-

7 Vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente: Agenda 21, hrsg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn o.J.

8 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Eingeleitet und kommentiert von *Marianne Heimbach-Steins* und *Andreas Lienkamp* (Hrsg.), unter Mitarbeit von *Gerhard Krupp* und *Stefan Lunte*, München 1997, Nr. 107.

tion und Beschäftigung entscheidet, haben andere eher das **theoretische Konzept der Organisation einer Volkswirtschaft** im Blick. Dabei wird „Marktwirtschaft“, wie etwa in der eingangs zitierten Schlussbotschaft der CIMI-Generalversammlung, teilweise mit „Neoliberalismus“ gleichgesetzt - im Sinne einer Volkswirtschaft, in der sich der Staat auf eine bloße „Nachwächterrolle“ zurückzieht und insbesondere die soziale und ökologische Komponente vernachlässigt. Teilweise wird „Marktwirtschaft“ aber auch mit „Sozialer“ oder „Ökologisch-sozialer Marktwirtschaft“ identifiziert - nun im Sinne einer Volkswirtschaft, in der ein staatlich gesetzter und sanktionierter Rahmen das wirtschaftliche Handeln mit dem Ziel organisiert, ökonomische Prozesse effizient zu gestalten und Verteilungsergebnisse hervorzubringen, die von den Betroffenen als sozial gerecht und ökologisch tragfähig anerkannt werden (können). Schließlich wird der Begriff „Marktwirtschaft“ auch noch auf **konkret praktizierte Wirtschaftssysteme** einzelner Länder bezogen, wobei aufgrund historischer, kultureller, politischer, geographischer, klimatischer und anderer relevanter Unterschiede ebenso viele Formen von „Marktwirtschaft“ existieren wie es entsprechend etikettierte Nationalökonomien gibt.

Der argentinische Philosoph Juan Carlos Scannone führte demgegenüber noch weitere wichtige Differenzierungen ein. Der Markt erfasse lediglich eine, nämlich die ökonomische Dimension des Menschen. Die Logik des Marktes sei darum nicht die einzige, vielmehr gebe es neben ihr - und nicht minder bedeutsam - etwa die Logik der Zivilgesellschaft oder die Logik des Evangeliums. Zudem müsse zwischen der Marktlogik einerseits und einer „Idolatrie“ des Marktes unterschieden werden, worauf schon die Enzyklika *Centesimus annus* (1991) hingewiesen hatte, in der Johannes Paul II. nach dem Ende der befehlsadministrativen Zentralverwaltungswirtschaften Mittel- und Osteuropas vor der „Gefahr einer ‚Vergötzung‘ des Marktes“ gewarnt hatte.⁹ Nach den Beobachtungen des Direktors des Instituts für europäisch-lateinamerikanische Beziehungen (IRELA), Wolf Grabendorff, erliegen die Länder des amerikanischen Kontinents dieser Gefahr in viel stärkerem Maße als etwa die Staaten Europas.

Die Bischofsversammlung von Santo Domingo stellte zwei entscheidende Fragen, die auch das Symposium beschäftigten: „Bis wohin darf die Freiheit

9 *Johannes Paul II.*: *Centesimus annus*, 1. Mai 1991, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 101), Bonn 1991, Nr. 40.

des Marktes reichen? Welche Eigenschaften muss sie haben, damit sie der Entwicklung der großen Mehrheit dient?“¹⁰ Die lateinamerikanische Bischöfe gaben 1992 eine klare Antwort. Die Marktwirtschaft sei kein absoluter Wert, dem man unter Verschärfung der Ungleichheit und Marginalisierung alles andere opfern dürfe¹¹. Im Anschluss an George Soros' „Die Krise des globalen Kapitalismus“¹² erläuterte CELAM-Präsident Jorge Jiménez Carvajal dies dahingehend, dass das Marktsystem, wie jedes andere menschliche Gebilde, „seinem Wesen nach mangelhaft“ sei. Die existierenden Marktregeln seien keine ehernen Naturgesetze, sondern von „denkenden Akteuren“ gestaltet und somit auch veränderbar. Die Frage lautet also: Welche Regeln braucht der Markt, damit die fortschreitende Exklusion der Armen gestoppt wird und die aktuell am wenigsten Begünstigten den größten Vorteil davontragen?¹³

Die „Wende zur Marktwirtschaft“

Im Hinblick auf den ökonomischen Reformprozess, der in verschiedenen Volkswirtschaften Lateinamerikas und der Karibik schon in den achtziger Jahren in Gang gesetzt wurde, fällt immer wieder das Wort von der „Wende zur Marktwirtschaft“. Was verbirgt sich hinter dieser Formel? Für den Göttinger Volkswirt Hermann Sautter repräsentiert sie nichts weniger als einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der sich vor allem in einem weitgehenden Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Aktivitäten, aber fatalerweise auch aus seiner Regulierungs- und Kontrollfunktion manifestiert. Dabei sei

¹⁰ Santo Domingo (s. Anm. 3), Nr. 194.

¹¹ Vgl. Santo Domingo (s. Anm. 3), Nr. 195.

¹² **George Soros**: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Frankfurt 2000. Der in den USA lebende gebürtige Ungar Soros, Milliardär und einer der erfolgreichsten Fondsverwalter der Welt, hatte 1992 das britische Pfund attackiert, 1997 Malaysia an den Abgrund spekuliert und 1998 die Rubelkrise ausgelöst. In seinem von der Asien- und Russland-Krise geprägten Buch kritisiert er nun selbst den ungezügelter Kapitalismus und die Exzesse der Finanzmärkte als die Hauptfeinde einer friedlichen und freien Welt und plädiert stattdessen für globale Marktregeln sowie für eine Stärkung der Weltgesellschaft und ihrer Instrumente.

¹³ Vgl. die Formulierung des zweiten Gerechtigkeitsgrundsatzes bzw. Differenzprinzips bei John Rawls: Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989, hrsg. v. Wilfried Hirsch, Frankfurt/M. 1992, 160: „Gesellschaftliche und ökonomische Ungleichheiten müssen zwei Bedingungen genügen: erstens müssen sie mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit offen stehen, und zweitens müssen sie den größten Vorteil für die am wenigsten begünstigten Mitglieder der Gesellschaft bringen.“

oft übersehen worden, dass die Marktwirtschaft auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sei, der allein die unabdingbaren institutionellen Rahmenbedingungen sichern könne. Die forcierte Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung der Märkte erbrachte zwar auch einen Abbau von Pfründewirtschaft und Handelshemmnissen sowie einen Zuwachs an Effizienz und Produktivität, aber einige Reformpolitiker hätten das Motto „so wenig Staat wie möglich“ auf die Spitze getrieben. Bei der Befolgung neoliberaler, von US-amerikanischer Seite propagierter Rezepte seien sie *más papista que el papa* vorgegangen. Da Märkte in der Praxis jedoch aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen tendenziell die Stärkeren begünstigen (Grabendorff), zudem immer wieder versagen und - aus dem Blickwinkel der Armen betrachtet - ungerechte Verteilungsergebnisse hervorbringen, brauche es, so Sautter, einen regelsetzenden, sanktionsbewehrten und sozialpolitisch agierenden Staat, der als Garant des Gemeinwohls wie der Freiheitsrechte der einzelnen auftrete. „Soll die ‘Wende zur Marktwirtschaft’ etwas anderes sein als die Entfesselung einer wirtschaftlichen Anarchie,“ so Sautters Fazit, „dann muss der Staat in die Lage versetzt werden, seine unverzichtbare Ordnungsfunktion wahrzunehmen.“ In dieser Hinsicht brauche es also nicht etwa einen schwachen, sondern vielmehr einen, „bei der Wahrnehmung seiner Kernfunktionen starken Staat“. Der Staat solle **schlanker**, nicht aber **schwächer** werden, wie auch Ricardo Ffrench-Davis Muñoz von der Wirtschaftlichen Kommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) betonte.

Was aber zählt zu den unaufgebbaren Kernfunktionen? Hierzu gehört im Rahmen einer aktiven Sozial- und Menschenrechtspolitik etwa die Deckung zumindest der elementaren Bedürfnisse nach Wohnung, Gesundheit und Bildung, vor allem dort, wo entsprechende private Angebote von großen Teilen der Bevölkerung mangels Kaufkraft nicht wahrgenommen werden können. Unter den ökologischen Bedingungen des ausgehenden zwanzigsten und beginnenden einundzwanzigsten Jahrhunderts zählt zu diesen Kernfunktionen aber ebenso sehr auch eine dynamische Umweltpolitik. Denn das der Marktwirtschaft inhärente Gewinnstreben - dies unterstrich Bischof Jiménez - respektiere weder das Habitat der heutigen noch das der zukünftigen Menschen.

In Lateinamerika, so Grabendorff, trifft man allerdings - trotz der vielbeschworenen „Wende“ - auf große Unterschiede hinsichtlich der Realisierung des Konzepts „Marktwirtschaft“, wobei hinzukommt, wie Ffrench-Davis

präzisierte, dass die lateinamerikanischen Marktwirtschaften alles andere als **soziale** Marktwirtschaften deutschen Zuschnitts seien. Für den argentinischen Gewerkschafter Carlos Custer handelt es sich bei den Wirtschaftssystemen des Kontinents eher um neoliberale Ökonomien denn um soziale Marktwirtschaften. Ob es ein Zuviel oder ein Zuwenig an Markt gebe, darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Weitgehende Einigkeit herrschte jedoch in der Hinsicht, dass es an flankierenden staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen mangelt. Zu einer sozialen und ökologischen Einbettung des Marktgeschehens, auch dies war Konsens, gibt es jedoch aus dem Blickwinkel sozialer Gerechtigkeit keine Alternative.

Aber auch die grundsätzliche Frage, ob Marktwirtschaft überhaupt eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für Wohlstand und sozialen Frieden darstellt, wie etwa Klaus Friedrich, der Chefvolkswirt der Dresdner Bank, meinte, war äußerst umstritten. Der Belgier François Houtart, seinerzeit Konzilsperitus des jüngst verstorbenen brasilianischen Bischofs Helder Câmara und vehementer Marktskeptiker, vertrat mit seiner Kritik am „Markt imperialismus“ und seinem Plädoyer für ein alternatives Gesellschaftsprojekt eine gänzlich andere Auffassung. Seit der „Wende zur Marktwirtschaft“ sei in Lateinamerika die absolute Zahl der Armen um 43 Millionen auf 163 Millionen Menschen im Jahre 1995 gestiegen. Dies ist in seinen Augen eine Folge des eingeschlagenen Weges, denn die Marktlogik verschärfe die Kluft zwischen Arm und Reich. Die soziale Gerechtigkeit sei in der Folge dieses Prozesses auf der Strecke geblieben und werde sich unter den Bedingungen des Neoliberalismus - so Houtarts Resümee - nie wieder von diesem Schlag erholen. Das jetzige Wirtschaftsmodell sei nicht in der Lage, die **gesamte** Gesellschaft an der Wirtschaft zu beteiligen oder auch nur die erdrückende Armut zu überwinden. Houtarts Reformvorschläge zielten jedoch keineswegs auf eine Ersetzung des Marktmechanismus, vielmehr auf eine starke Rahmenordnung zugunsten der Armen und eine Wiedereingliederung der Wirtschaft in das soziale Gesamtgefüge.

Aufgrund dieser Auseinandersetzung drängt sich die Frage auf, wie denn das Verhältnis von Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit zu bestimmen sei. Ist die soziale Gerechtigkeit eine freiwillige und nachträgliche Zugabe? Hat sie zu warten, nach dem Motto: erst Wachstum, dann Gerechtigkeit? Ist der Markt, so wie er sich darstellt, notwendig oder gar unausweichlich? Aus einer christlichen Perspektive, so Javier Iguñiz, Ökonom an der Päpstlichen Universität von Lima, gebe es keine Alternative zur Gerechtig-

keit, wohl aber zur bestehenden Wirtschaftsordnung, zu **dieser** Globalisierung und zu **dieser** Marktwirtschaft. Das derzeitige System sei keineswegs das Ende der Geschichte, hierin stimmten mit ihm auch Erzbischof Oscar A. Rodríguez und François Houtart überein. Nicht eine Deregulierung im Sinne einer weiteren Zurückdrängung des Staates aus seinen Kernfunktionen steht also oben auf der Tagesordnung, sondern vielmehr eine Reregulierung wirtschaftlicher Prozesse (Houtart), überall dort, wo Märkte nicht funktionieren oder - unter der Gerechtigkeitsprämisse betrachtet - unerwünschte Resultate hervorbringen. Markt und Wettbewerb, dies unterstrich auch der Bochumer Sozialethiker Joachim Wiemeyer, können ihre für die Gesamtgesellschaft günstigen sozialen Folgen nur dann entfalten, wenn soziale Gerechtigkeit als Leistungs-, Chancen-, Bedarfs-, Zukunfts- und Finanzierungsgerechtigkeit strukturell und institutionell gewährleistet ist.

Interne Faktoren

Spätestens seit den heftigen Debatten zwischen Modernisierungs- und Dependenztheoretikern ist die Frage strittig, ob die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme Lateinamerikas eher „hausgemacht“ oder eher außenwirtschaftlich bedingt sind, obwohl die komplexen Wechselwirkungen zwischen endogenen und exogenen Faktoren eine eindeutige Zuschreibung kaum zulassen.¹⁴ Dennoch soll zunächst ein Blick auf die innere Situation der Länder des Kontinents geworfen werden. Was muss innerhalb der lateinamerikanischen Volkswirtschaften geschehen?

Wachstum

Nach wie vor gilt nachhaltiges, stabiles Wachstum als unabdingbare Voraussetzung wirksamer Armutsbekämpfung (Sautter). Bei einer jährlichen Zunahme der lateinamerikanischen Bevölkerung von zur Zeit 1,6 Prozent, das bedeutet eine Steigerung um etwa sieben Millionen Menschen im Jahr, ist ein mindestens ebenso starkes Wachstum des Bruttosozialprodukts erforderlich, soll wenigstens der Status quo erhalten werden. Lag in den Jahren 1990 bis 1997 das durchschnittliche Wirtschaftswachstum noch bei 3,1 Prozent, so erreichte es 1998/99 nur noch ein Prozent. Dies ist entschieden zu wenig, um die anstehenden sozialen und ökologischen Aufgaben zu bewälti-

¹⁴ Vgl. dazu *Andreas Lienkamp*: Befreiungstheologie und Dependenztheorie - ein Beitrag zur Verhältnisbestimmung von Theologie und Sozialwissenschaften, in: JCSW 33 (1992) 85-116.

gen. Andererseits würden aber auch höhere Wachstumsraten allein nicht ausreichen. Darauf wies der ecuadorianische Berater in der Abteilung Geld- und Währungsfragen des Internationalen Währungsfonds, Luis Ignacio Jácome Hidalgo, hin. Denn wenn sie sich auf die kapitalintensiven Branchen beschränkten, wie dies etwa in Argentinien oder Peru der Fall sei, schlage es sich nicht in einer Ausweitung der Beschäftigung nieder, die jedoch dringend benötigt werde. Auch Sorge eine wirtschaftliche Belebung nicht automatisch für soziale und ökologische Verbesserungen, während der umgekehrte Zusammenhang sehr wohl gelte: Im ökonomischen Krisenfall sinkt in aller Regel auch das Niveau sozialer und umweltpolitischer Anstrengungen.

Dass Wachstum nur eine notwendige, keineswegs aber schon eine hinreichende Bedingung für einen Zuwachs an Beschäftigung darstellt, zeigt schon das Phänomen des *jobless growth*. Beschäftigung in Phasen der volkswirtschaftlichen Stagnation oder gar Rezession auszuweiten, ist allerdings ungleich schwieriger, wenn nicht gar unmöglich. Wenn aber die Ausweitung des Beschäftigungsangebots langfristig nicht nur billiger, sondern vor allem auch humaner ist als staatliche Transferzahlungen, dann ist die **primäre** Aufgabe einer Politik der Armutsbekämpfung, die Armen durch eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur **selbständigen** Erzeugung von Einkommen zu befähigen, wie der chilenische Volkswirt Cristián Aedo betonte. Dazu zählt auch, so Hermann Römer, Generalmanager der STEAG-Tochter *Compañía Eléctrica de Sochagota*, die Bereitstellung zinsgünstiger Existenzgründungsdarlehen, da die Armen auf den Kreditmärkten nahezu chancenlos sind und kaum ausreichende eigene Ersparnisse ansammeln können.

Verteilungsgerechtigkeit

Es gibt nichts unsozialeres als Inflation, so urteilte der Vorstandsvorsitzende der Thyssen Krupp AG, Gerhard Cromme, denn sie treffe vor allem die Armen. Konnten in diesem Jahrzehnt im Rahmen der Inflationsbekämpfung in Lateinamerika dramatische Erfolge verzeichnet werden - zwischen 1990 und 1998 sank die Rate von sechshundert auf neun Prozent -, so kann im Hinblick auf den Abbau gravierender sozialer Ungleichheit kein Fortschritt für die Armen gemeldet werden. Der große Fehler der Marktwirtschaft, so Bischof Jiménez im Anschluss an den in Chile lehrenden Moralthologen Tony Mifsud, liege darin, dass ihre Effizienz einen ausgrenzenden Charakter besitze. Sie könne zwar Reichtum schaffen, sei aber nicht fähig, ihn gerecht zu verteilen.

Der lateinamerikanische Kontinent hält schon länger den traurigen Rekord, der Erdteil mit der ungerechtesten Einkommensverteilung der Welt zu sein, wie der Venezolaner Ricardo Hausmann, Chefvolkswirt der Interamerikanischen Entwicklungsbank, konstatierte, wobei die sozialen Unterschiede in Brasilien, Paraguay, Ecuador und Chile am deutlichsten ausgeprägt seien. Der Prozess der volkswirtschaftlichen Sanierung ist also hinsichtlich seiner Folgen ambivalent: Einerseits ist das Pro-Kopf-Einkommen aufgrund der Reformen um zwanzig Prozent höher als es ohne diese Schritte wäre (Hausmann). Aber was sagen schon solche Durchschnittsgrößen angesichts der beschriebenen Ungleichverteilung über die Auswirkungen auf die Armen? Tatsächlich profitiert die arme Bevölkerung nur wenig von den positiven Effekten der Reformen. Die Reichen Lateinamerikas, die obersten zehn Prozent, seien zudem sehr viel reicher als das entsprechende Zehntel in den übrigen Entwicklungsländern.

Dabei sind die sozialen Ungleichheiten in diesem Jahrzehnt noch größer geworden. Die Zahl der durch Hunger und Unterernährung verursachten Todesfälle ist gestiegen. Die soziale Problematik wird somit immer prekärer. Mittlerweile leben in Lateinamerika mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, wobei Frauen die Hauptlast im Überlebenskampf zu tragen haben, wie die mexikanische Benediktinerin Maricarmen Bracamontes aufzeigte. Lateinamerika erlebe geradezu eine „Feminisierung der Armut“. Die zunehmende Verelendung zwingt immer mehr Menschen dazu, ihren ländlichen Wohnort zu verlassen, da oft weite Teile des Landes zugunsten der überwiegend amerikanisierten oder europäisierten Zentren vernachlässigt werden. Dabei sehen sich die Migrantinnen und Migranten nicht selten mit offener, zumeist wirtschaftlich induzierter Ausländerfeindlichkeit konfrontiert. Eine große Relevanz kommt in diesem Zusammenhang der Frage der Landverteilung zu. So drängten etwa Grabendorff, Houtart, Custer und Erzbischof Rodríguez auf die ihrer Ansicht nach in den meisten Ländern längst überfällige Agrar- bzw. Landreform. Sie sei zwar kein Allheilmittel, stelle jedoch ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung dar.

Wichtige Ursachen der sozialen Ungleichheit sind darüber hinaus die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Zahl der Kinder ohne eigenes Einkommen sowie vor allem die starke Schichtenausprägung hinsichtlich des Bildungszugangs. Römer kritisierte in diesem Zusammenhang die „Ausgrenzung sozial Schwacher“ bei der Universitätsausbildung, die dazu

führe, dass sich die finanziell leistungsstarke Klasse über den besseren Bildungszugang permanent selbst „reproduziere“ und die Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft besetze. Da sich jedes Jahr, das ein junger Mensch länger im Bildungssystem nutzen kann, positiv auf die spätere Einkommenshöhe und den damit erreichbaren Lebensstandard auswirkt, forderte Grabendorff eine Umverteilung der vorhandenen Mittel im Bildungsbereich, die nicht länger nur der Mittel- und Oberklasse zugute kommen dürften. „Wir können nicht weiter den Diskurs des Wissens denen vorbehalten, die Reichtum und Mittel genießen, und für die Armen den Diskurs der Alphabetisierung bereithalten“, so Guillermo León Escobar Herrán, der Botschafter Kolumbiens beim Heiligen Stuhl. Das öffentliche Bildungssystem insgesamt kann jedoch nur dann entscheidend verbessert werden, wenn die Staaten Lateinamerikas ihre fiskalische Grundlage ausweiten, d.h. wenn auch die Besserverdienenden und Vermögenden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt werden.

Steuern

Diese Gruppe zahlt im Weltvergleich zu wenig Steuern (Grabendorff) - eine entscheidende Ursache dafür, dass das Steueraufkommen in den Nationen des Kontinents deutlich niedriger liegt als in vergleichbaren Ländern. Ursachen sind nicht nur die mangelnde Steuermoral oder gezielte Steuerhinterziehung auf Seiten der Steuerpflichtigen, auch die gesetzlichen Grundlagen und die Effizienz der ausführenden Organe lassen Mängel erkennen. Das Aufkommen aus der Einkommenssteuer in den Ländern Lateinamerikas beträgt beispielsweise nur gut fünfzig Prozent dessen, was in Staaten mit ähnlichem Pro-Kopf-Einkommen außerhalb des Kontinents erhoben wird. Aber auch bei den Verbrauchssteuern wird der internationale Standard um etwa dreißig Prozent unterschritten (Sautter). Deshalb sind eine Steuerreform, transparente Steuergesetze, eine leistungsfähige Steuerverwaltung sowie eine ausgeweitete Mitteilungspflicht der Banken dringend erforderliche Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Ohne eine solide Finanzierungsbasis kann der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommen, ohne Steuergerechtigkeit wird die Steuermoral der einzelnen weiter erodieren.

Demokratie und Rechtsstaat

Trotz beachtlicher Demokratisierungsfortschritte sind die Länder Lateinamerikas, wie Sautter feststellt, noch weit von rechtsstaatlichen Verhältnissen entfernt: Das staatliche Machtmonopol sei längst nicht überall gewähr-

leistet, das geschriebene Recht sei oft diffus und werde kaum respektiert, die Ordnungskräfte gelten in nicht wenigen Ländern als korrupt und gesetzlos, die Rechtsprechung als parteiisch. Weitverbreitete Rechtsunsicherheit sei das nahezu zwangsläufige Resultat. Gesicherte Rechtsverhältnisse verlangten aber nicht nur eine Reform der Institutionen, sondern auch der sie tragenden Kultur, denn ernst genommen werde nur das Recht, das der Staat durchsetze, aber durchsetzbar sei andererseits auch nur, was in der Bevölkerung grundsätzlich auf Akzeptanz stoße. Dazu ist nicht nur eine größere soziale Repräsentativität und politische Legitimität in den leitenden staatlichen Organen vonnöten, sondern ebenso sehr eine wirksame Kontrolle der politischen Macht durch eine unabhängige Justiz und kritische Öffentlichkeit, wie Josef Thesing von der Konrad-Adenauer-Stiftung hervorhob.

Wie aber ist nun das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat einerseits und Marktwirtschaft andererseits zu beschreiben? Überträgt man das ursprünglich auf den freiheitlich, säkularisierten Staat gemünzte „Böckenfördische Paradoxon“ auf die Marktwirtschaft, dann kann man sagen, dass auch sie von Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht herstellen oder garantieren kann.¹⁵ Zu diesen Bedingungen zählen auch gesicherte Freiheits- und Handlungsrechte des Individuums sowie rechtsstaatliche Institutionen, die Rechtssicherheit und Verlässlichkeit garantieren. CELAM-Präsident Jiménez betonte aber, dass das Ziel eines leistungsfähigen, demokratischen und sozialen Staates zugleich einen komplementären Prozess der Stärkung der Zivilgesellschaft erfordere. Lateinamerika müsse öffentliche Institutionen entwickeln, die die nötigen Freiräume für mehr Bürgerbeteiligung eröffnen.

Wieviel Marktwirtschaft können die lateinamerikanischen Gesellschaften verkraften und dennoch demokratisch bleiben? Hinter dieser provokanten Frage Grabendorffs steht die Sorge, dass die gesellschaftlichen Verwerfungen und Spaltungen infolge unregulierten oder schlecht geordneten Marktgeschehens den labilen sozialen Zusammenhalt der lateinamerikanischen Gesellschaften und damit zugleich den demokratischen Prozess selbst gefährden. Ohne soziale Gerechtigkeit existiere in Wahrheit keine Demokratie. Wirkliche Demokratie könne sich erst auf dem Fundament wirtschaftlicher,

¹⁵ Vgl. *Ernst-Wolfgang Böckenförde*: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt/M. 1976, 60: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“.

sozialer und kultureller Demokratie erheben, wie der Gewerkschafter Custer hervorhob.

Externe Faktoren

Neben „hausgemachten“ Problemen gibt es jedoch auch externe Ursachen der gegenwärtigen Problemlage. Hausmann nannte vor allem fünf jüngere Beispiele solcher verhängnisvollen Einbrüche, die Lateinamerika wie die ägyptischen Plagen heimgesucht hätten: die asiatische Finanzkrise, der Zusammenbruch der Rohstoffpreise (*terms of trade*), das Klimaphänomen El Niño, die Hurrikans George und Mitch, die Russland- sowie die Brasilienkrise. Hausmann machte deutlich, dass nationale Politik nur bedingt Einfluss auf solche exogenen Ereignisse nehmen kann. Zu ähnlich verliefen die makroökonomischen Kurven der lateinamerikanischen Volkswirtschaften. Aber auf welchem Niveau eine externe Krise die jeweilige Volkswirtschaft trifft, dies sei inländisch durchaus beeinflussbar. Nationale Politik ist also keineswegs ohnmächtig. Auch wenn durch die Globalisierung nationale Souveränitätseinbußen zu verzeichnen sind, bleiben dennoch Spielräume, die es allerdings zu nutzen gilt.¹⁶

Auslandsverschuldung

Über die Größe dieser Spielräume entscheidet auch das jeweilige Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und der Höhe der Auslandsverschuldung. Ob die Auslandsschulden Lateinamerikas bezahlbar (Hausmann), unbezahlbar (so der mexikanische Politiker Julio Faesler Carlisle) oder zunehmend unbezahlbarer (Bischof Jiménez) sind, darüber gingen die Meinungen auseinander. Die Verweigerung der Rückzahlung hätte für Lateinamerika allerdings fatale Folgen. Da die Volkswirtschaften angesichts der niedrigen inländischen Sparquote zumindest mittelfristig auf externe Kapitalzuflüsse angewiesen bleiben, sei es richtiger, einen Mechanismus zu installieren, der die Rückzahlung ermöglicht, ohne die betroffenen Länder zu destabilisieren (Hausmann). Zugleich müsse aber auch das Sparverhalten der Inländer durch entsprechende Anreize gefördert werden, wobei die Zahl

16 Vgl. dazu etwa Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M. 1998, sowie Ulrich Beck: Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 38/98 vom 11.9.1998, 3-11.

derer, die überhaupt sparen können, durch die zunehmende Verarmung begrenzt ist.

Erzbischof Rodríguez, Schirmherr der deutschen Erlassjahrkampagne 2000, verdeutlichte, dass die bestehende Auslandsverschuldung vor allem zu Lasten der Armen gehe, da sie aufgrund des hohen Schuldendienstes notwendige soziale Investitionen, etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung, verhindere. Wenn die Auslandsverschuldung auch nicht die einzige Ursache der Armut sei, so auch CELAM-Präsident Jiménez, könne doch nicht bestritten werden, dass sie zur Erzeugung einer extremen Armut beigetragen habe. Obwohl die ursprünglich aufgenommenen Kredite längst zurückgezahlt seien, so sein Vorgänger Erzbischof Rodríguez, sei das Hauptexportprodukt seines Heimatlandes Honduras US-Dollars. Die „Tributpflicht“ gegenüber den Geberländern und Banken brandmarkte der Erzbischof als eine neue Form des Kolonialismus. Die lateinamerikanischen Gesellschaften dürften nicht länger für Fehler bezahlen, die bei der Kreditvergabe gemacht worden seien (Ffrench-Davis). Man dürfe auch nicht die inländischen „Zwillingsbrüder“ Korruption und Kapitalflucht vergessen, die bei der Diskussion um die Verschuldung nur allzu leicht übersehen würden (Hemmer).

Hier geht es um die drückenden Altlasten. Die neuen Kapitalzuflüsse nach Lateinamerika schwanken erheblich. Zwischen 1997 und 1999 sanken sie um die Hälfte. Ein Grund ist, dass die Dividenden in Lateinamerika *grosso modo* nicht hoch genug sind, um ausreichend frisches Investivkapital anzuziehen. Hinzu kommt, dass trotz drastisch gesunkener Inflationsraten von Preisstabilität immer noch nicht die Rede sein kann. Die Anfälligkeit für internationale Krisen trägt ein übriges dazu bei, ausländische Investoren abzuschrecken.

Globalisierung

Wie sich die Globalisierung national auswirkt, hängt in erster Linie von den internen Strukturen der einzelnen Länder selbst ab, wie Hemmer betonte. Häufig demaskiere die Globalisierung nur interne Defizite, was die unterschiedlichen nationalen Erfahrungen mit derselben Globalisierung belegten. Negative soziale Folgen der Globalisierung dürfen daher nicht so sehr der Globalisierung, sondern müssen vielmehr grundlegenden sozialpolitischen Strukturdefiziten der betroffenen Länder angelastet werden. Dennoch gilt es, die mangelnde Fairness im internationalen Handel nicht aus dem Blick zu verlieren. So verhalte sich die Europäische Union nach wie vor protektioni-

stisch. Es verstoße jedoch gegen das Gebot der Chancengerechtigkeit, wenn sie etwa im Bereich landwirtschaftlicher Produkte durch Subventionen den Wettbewerb zulasten Lateinamerikas verzerre und durch Handelshemmnisse den Marktzugang für lateinamerikanische Güter erschwere oder gar verhindere (Custer).

Die in den meisten Ländern Lateinamerikas zum Teil recht abrupt realisierte und nicht hinreichend vorbereitete und abgefederte außenwirtschaftliche Liberalisierung und Weltmarktöffnung - Zauberworte der Marktökonom (Erzbischof Rodríguez), ja das neue Evangelium der USA (Faesler Carlisle) - bedeutet vor allem für die protektionsgewohnten Branchen, zumal in ehemals dirigistischen oder planwirtschaftlichen Systemen, eine allzu plötzliche Konfrontation mit dem scharfen Wind des internationalen Wettbewerbs, dem sich viele der kleineren und mittleren nationalen Unternehmen nicht gewachsen zeigten. Der massenhafte Zusammenbruch solcher Firmen, zunehmende Arbeitslosigkeit und Verarmung waren und sind die krassen Folgen. Die Gewinne und Verluste der Globalisierung sind in Lateinamerika also ungleich verteilt; in ihrem Fahrwasser schreiten Exklusion und Randgruppenbildung voran.¹⁷

Dennoch sieht Erzbischof Rodríguez, wie auch sein Nachfolger im Amt des CELAM-Präsidenten, durchaus Chancen der Weltmarkteinbindung, wenn etwa im Zuge des wachsenden Wettbewerbs Effizienz und Produktivität ansteigen. Ob die dadurch möglichen Wohlstandsgewinne auch die Armen erreichen, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Die wachstumstheoretische Hoffnung auf ein allmähliches „Durchsickern“ zu den Ärmsten hat sich jedenfalls bislang als trügerisch erwiesen. Deshalb plädiert der Erzbischof für eine „solidarische Öffnung“ - mit Protektion für die Schwachen und unter verstärkter regionaler Integration auf dem lateinamerikanischen Kontinent.¹⁸ In den Wirtschaftsblöcken des MERCOSUR und Pacto Andino, aber auch in den Formen der zentralamerikanischen sowie der karibischen Assoziation haben die darin zusammengeschlossenen Ländern bereits den Weg

17 Vgl. dazu Die vielen Gesichter der Globalisierung. Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung. Eine Studie der Sachverständigenkommission „Weltwirtschaft und Sozialethik“ und der kirchlichen Hilfswerke Adveniat, Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis, hrsg. v. der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1999.

18 Die Aufforderung zu stärkerer regionaler Integration Lateinamerikas wurde auch von Jácome Hidalgo, Cromme, Houtart und Bischof Jiménez unterstützt.

zu größerer supranationaler Integration Lateinamerikas eingeschlagen, während sich Mexiko über die NAFTA stärker an die USA angeschlossen hat. Heute stelle sich die Frage, so Römer, ob es Lateinamerika und der Karibik in Zukunft gelingen wird, diese Blöcke weiter zu verschmelzen, mit einer Stimme zu sprechen und so gegenüber den USA und Europa mehr weltpolitisches Gewicht, auch in den internationalen Organisationen, zu erwirken. Nur eine Gemeinschaft Lateinamerikanischer Nationen (in Analogie zur EU), nicht jedoch eine gesamtamerikanische Freihandelszone im Sinne eines die ganze Hemisphäre umfassenden „Supermarktes“ (Custer) - mit keiner anderen Absicht als der des Freihandels selbst-, kann das Ziel der Integration sein, sollen nicht erneut soziale und ökologische Anliegen, und damit vor allem die Armen und die kommenden Generationen, ins Hintertreffen geraten.¹⁹

Finanzmärkte

Die internationalen Kapitalströme bilden das Kernstück der Globalisierung, so der Chefvolkswirt der Dresdner Bank, Klaus Friedrich. Er sieht in ihnen eine Welle, auf der man surfen müsse, um nicht zu ertrinken oder überrollt zu werden. Für Hausmann sind die Finanzmärkte allerdings nicht, wie manche behaupteten, die „Hand Gottes“ in der Welt²⁰, sondern eine Quelle der Instabilität. Ein zentrales Problem sei die enorme Volatilität des Finanzkapitals, die Hausmann nach einer neuen Finanzarchitektur und Erzbischof Rodríguez nach ethischen Regeln für das destabilisierende Wanderkapital rufen ließen. Auch Jácome Hidalgo bemängelte die schlecht durchgeführte Liberalisierung der Finanzsysteme und ebenso wie Klaus Friedrich die Schwäche der Bankenaufsicht.

Custer machte darauf aufmerksam, dass das Volumen der kurzfristigen, rein spekulativen Kapital- und Devisenströme sechszigmal größer ist als das der Zuflüsse in die produzierende Wirtschaft. Von daher brauche es ein interna-

19 Auf Betreiben der USA soll bis zum Jahre 2005 die ganze amerikanische Hemisphäre in eine „Free Trade Area of the Americas“ (FTAA) umgewandelt werden. Zur Zeit stockt der Prozess allerdings. Brasilien etwa strebt eher eine Stärkung des Mercosur bzw. die Schaffung einer südamerikanischen Freihandelszone (SAFTA) an. Vgl. dazu **Karl-Dieter Hoffmann**: Die EU und Lateinamerika. Drohender Terrainverlust auf einem ökonomisch interessanten Markt?, in: KAS/Auslandsinformationen 15 (1999) Nr. 9, 48-64, hier 59-62.

20 Hausmann spielt damit offensichtlich auf einen Ausspruch des argentinischen Fußballprofis Diego Armando Maradona an, der ein von ihm selbst per Hand, also regelwidrig erzielt Tor als Wirken Gottes verteidigte.

tionales Kontrollsystem, insbesondere für die kurzfristigen Finanzströme. Wie aber können diese in produktive Investitionen umgelenkt werden, wenn einzig die erwartete Rendite die Richtung der Kapitalflüsse bestimmt und diese Erwartungen hinter denen eines spekulativen Kapitaleinsatzes zurückbleiben? Jácome Hidalgo, Houtart und Custer forderten deshalb - die beiden letzteren unter Verweis auf das Konzept James Tobins - die Erhebung von Steuern auf solche kurzfristigen Finanztransaktionen, Steuern, die nicht nur einen Zuwachs an Stabilität bringen, sondern auch die monetäre Basis für dringende öffentliche Aufgaben vergrößern könnten. Bei dem jüngsten Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik in Rio de Janeiro (Juni 1999) stand diese Frage immerhin auf der Tagesordnung²¹. Wenn wir die Globalisierung nicht beherrschen, so das Resümee Bischof Jiménez', wird es uns geschehen wie mit dem Pferd, das durchgeht, wenn wir ihm keine Zügel anlegen.

Nicht zuletzt

Das, was das Gemeinsame Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen der ökonomischen Entwicklung in Deutschland ins Stammbuch geschrieben hatte, kann - nach den Voten der lateinamerikanischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums - auch die Richtung des dortigen Reformweges andeuten: „Grundlegend muss die Erneuerung der wirtschaftlichen Ordnung auf ihre Weiterentwicklung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft zielen. (...) Die Erwartung, eine Marktwirtschaft ohne solche Verpflichtungen, eine gewissermaßen adjektivlose, reine Marktwirtschaft könne den Herausforderungen besser gerecht werden, ist ein Irrglaube.“²² Ein Irrglaube, unter dem die Armen - wieder einmal - am meisten zu leiden hätten. Ihre Bedürfnisse, ihre Bildung und Befähigung,

21 Der Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin schlug bereits 1972 vor, „etwas Sand ins Getriebe“ der deregulierten Finanzwirtschaft zu streuen, um das Problem der enormen Geschwindigkeit weltweiter Finanztransaktionen in den Griff zu bekommen. Schon durch eine Steuer von einem Prozent würde ein Großteil der Spekulationen auf Zins- und Wechselkurschwankungen unrentabel werden und damit unterbleiben. Vgl. dazu Gerald Boxberger/Harald Klimenta: Die zehn Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes, München 1998, 173-181. Der Vorsitzende der Deutschen Girozentrale, Hans-Helmut Kotz, bescheinigt der Tobin-Tax nicht nur, theoretisch einwandfrei zu sein. Sie sei darüber hinaus ein „marktförmiger (und somit weltmarktkonformer) Ersatz für nationalstaatliche Konvertibilitätsbeschränkungen“. Zit. nach ebd., 180. Die Einführung einer weltweiten Transaktionssteuer auf Spekulationsgewinne scheint also bislang „nur“ am politischen Willen bzw. der entsprechenden Durchsetzungskraft zu scheitern.

22 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit (s. Anm. 6), Nr. 11.

ihre Beteiligung an den grundlegenden ökonomischen und politischen Entscheidungen, ihr Stimmrecht in den einschlägigen Institutionen und Organisationen: Dies sind die Maßstäbe und Ziele, die das ökonomische, soziale und ökologische Reformprojekt Lateinamerikas leiten können, ja leiten müssen, wenn denn - entgegen der Befürchtung Houtarts - die soziale Gerechtigkeit ihr Haupt aus der „Asche“ des Neoliberalismus erheben soll. Die ökonomische Basis für einen weit gehenden Abbau der Armut ist hier vorhanden - im deutlichen Unterschied zu Südasien oder Sub-Sahara-Afrika. Hemmer forderte deshalb die oftmals reformfeindlichen Eliten dazu auf, ihre Blockadepaxis fallenzulassen und endlich aktiv zu werden, wobei ein erster Schritt darin bestehen müsste, den Armen überhaupt erst einmal die Chance zu eröffnen, sich aktiv in den modernen Wirtschaftsprozess einzubringen. Davon profitierten dann letztlich auch die Eliten.

Das Symposium mit seiner Begegnung zwischen Kirche und Wirtschaft, zwischen Europa, Nord- und Lateinamerika sowie der Karibik war in der Tat so etwas wie ein „Umschlagplatz“ für Konzepte und Ideen, die nicht sich selbst genügen, wie Michael Schlagheck, Direktor der „Wolfsburg“, die Funktion der Tagung umschrieb. Vielleicht war die Veranstaltung darüber hinaus - diese Hoffnung äußerte der ADVENIAT-Geschäftsführer Dieter Spelthahn - auch ein bescheidener Beitrag dazu, dass *o grito dos excluidos*, der Schrei der Ausgeschlossenen, immer mehr gehört und dann auch beantwortet wird.²³

23 Unter dem Motto „Der Schrei der Ausgeschlossenen“ veranstaltet die katholische Kirche Brasiliens seit 1995 Protestaktionen, an denen sich auch andere gesellschaftliche Gruppen wie die Gewerkschaften, die Landlosenbewegung (MST), Oppositionsparteien und Bürgerinitiativen beteiligen. Vgl. KNA-ID Nr. 37 vom 15.9.1999, 12.